

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/48

9. März 1973

Sozialdemokratie heute

Eine Analyse aus Wiener Sicht

Von Dr. Bruno Kreisky

Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) und Bundeskanzler der Republik Österreich

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Bei uns sterben zu viele Säuglinge

Wissenschaftliche Untersuchung in NRW angeordnet

Seite 3 / 31 Zeilen

Kripo: Keine Domäne der Männer mehr

Niedersachsen stellt die Frauen auch hier den Männern gleich

Von Richard Lenner MdL

Niedersächsischer Minister des Innern

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Die CSU kneift schon wieder

Verweigerung einer neutralen Wahlkampfuntersuchung

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Landesvorsitzender von Bayern

Seite 6 / 43 Zeilen

Sozialdemokratie heute

Eine Analyse aus Wiener Sicht

Von Dr. Bruno Kreisky

Vorsitzender der Sozialistischen Partei

Österreichs (SPÖ) und Bundeskanzler der Republik Österreich

Ich sage ganz offen, daß ich mir die sozialdemokratische Partei als eine revolutionäre Partei schon sehr lange nicht mehr vorstellen kann und eigentlich nie als solche vorgestellt habe. Meiner Meinung nach ist sie in höchstem Masse eine Reformbewegung; sie kann und muß eine gesellschaftliche Reformbewegung sein, sie ist aber keine revolutionäre Kraft im Sinne klassischer Vorstellungen. Ich behaupte ebenso dezidiert, wie ich es ablehne, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist, daß sie systemverändernde Reformen grundsätzlich anstreben muß, dort, wo sie es aus gesellschaftspolitischen Erwägungen für erforderlich hält.

Nun erhebt sich die Frage, wo ist die Grenze zwischen einer systembewahrenden und einer systemverändernden Reform? Darauf gibt es eine relativ einfache Antwort: Ich glaube, daß sich das eher an dem alten dialektischen Prinzip orientieren wird, daß die Summe der Reformen oder die Intensität einer Reform von der Quantität nicht ganz zu lösen ist, sondern irgendwann schlägt die Quantität der Reformen in eine neue Qualität um.

Die Sozialdemokratie hat dort, wo sie zur Erkenntnis kommt, daß Reformen notwendig sind, die über den üblichen Rahmen einer Sozialpolitik hinausgehen, diese auch durchzusetzen. Ich halte es daher für falsch, die Sozialdemokratie als späten Abglanz des Liberalismus zu betrachten. In den fünfziger Jahren wurden allerdings - ausgehend vom Gedanken, die Sozialdemokratie müsse eine bessere Volkspartei werden - einige Programme von dieser Strömung beeinflusst. Ich habe mich immer gegen diese Vorschläge gewehrt,

denn ich bin der Meinung, daß die Sozialdemokratie eines zu verwirklichen hat: die gesellschaftliche, die soziale Demokratie. Daher hat sie auf einer höheren Stufe die Ideen des Liberalismus zu verwirklichen.

Der Liberalismus leitete sich ab aus der Zeit des frühen Kapitalismus, man sprach mit Recht von Manchester-Liberalismus, während wir heute eine Spätphase des Kapitalismus erleben und ganz neue Machtstrukturen sehen, wodurch jene parlamentarischen Grundsätze, die seinerzeit als maßgebend gegolten haben, heute problematisch geworden sind.

Ein Beispiel: Das Prinzip, wonach es eine strenge Trennung zwischen Legislative und Exekutive geben müsse. Wer sich heute die Parlamente in Europa ansieht, merkt sofort, daß in den Parlamenten bestimmte Leute sitzen, die gewisse Gesetze beschliessen, die sie dann in ihren Berufen exekutieren. Nehmen wir Sozialversicherungsbeamte oder nehmen wir Funktionäre in den Kammern, die vielfach die Gesetze, die sie beschliessen, durchzuführen haben.

In der modernen Demokratie hat zwar das Parlament eine sehr zentrale Aufgabe zu erfüllen, aber es ist nicht das ausschließliche Zentrum der Demokratie und kann es gar nicht sein. Es gibt viele andere Plätze der politischen Konfrontation. Wenn sie ihre Reformaufgabe erfaßt, ist die Sozialdemokratie die der jetzigen Entwicklung des Kapitalismus oder der modernen Industriegesellschaft - womit ich gar keinen Versuch der Apologetik, also wissenschaftliche Verteidigung und Rechtfertigung, verbinden will - adäquate Reformpartei. Sie müßte mit neuen Methoden die Kontrolle über neu entstehende Machtstrukturen sicherstellen und die Demokratie in dieser Phase, deren Anfänge wir in Österreich erst jetzt mitmachen, neu beleben.

Die Voraussetzung für die Demokratie in jenen Staaten, in denen sie verwirklicht wurde, hat ohne Zweifel der Liberalismus geschaffen. In der weiteren Entwicklung hat sich aber die politische Demokratie als nicht ausreichend erwiesen. Sie kann heute nur funktionieren, wenn sie in eine neue, nächsthöhere Phase eintritt, nämlich in die der gesellschaftlichen Demokratie; das heißt, daß man den Grundsätzen der Demokratie Entfaltungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt und sie nicht nur in den engen Kreis der Politik verbannt. Nun zur Frage der Beherrschung der Produktionsmittel. Ich sagte schon, daß die Sozialdemokratie nicht die Qualifikation einer revolutionären Partei hat. Daher gilt für sie nicht das berühmte Wort von Marx von der "Expropriation der Expropriateure". Das ist aber auch eine Formulierung, die durch die Entwicklung in vielen Ländern längst überholt ist. Wir haben in Österreich zum Beispiel die Schwerindustrie verstaatlicht, andere Industrien auch, die Banken sind zum Teil verstaatlicht, zum Teil sind sie gemeinwirtschaftlich, sie gehören also nicht einzelnen Bankiers wie in vielen anderen Ländern. Es gibt verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten. In den allermeisten Ländern - auch in Amerika - ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln als solches in vielen Bereichen verschwunden.

+ + + (-/9.3.1973/ks/ex)

Bei uns sterben zu viele Säuglinge

Wissenschaftliche Untersuchung in NRW angeordnet

In Nordrhein-Westfalen sterben mehr Säuglinge als anderswo in der Bundesrepublik. In der Bundesrepublik Deutschland sterben mehr Säuglinge als in vielen anderen europäischen Staaten.

Diese besorgniserregenden Fakten haben den nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figgen, veranlaßt, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die Erklärungen liefern soll für Zahlen, die bedenklich stimmen. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet auf 1.000 Lebendgeborene 23,2 Fälle von Säuglingssterblichkeit; damit liegt die Bundesrepublik im Vergleich zu 24 anderen europäischen Staaten an 14. Stelle. Die DDR nimmt immerhin vor uns den Platz 12 ein. In Nordrhein-Westfalen werden sogar 25 tote oder totgeborene Säuglinge bei 1.000 Lebendgeborenen registriert.

Alle verfügbaren statistischen Daten für das bevölkerungsreichste Bundesland lassen keine plausiblen Erklärungen zu, denn weder Wohnverhältnisse noch Ernährungszustand, weder ärztliche Versorgung noch Krankenhausangebot sind in Nordrhein-Westfalen schlechter als in anderen Bundesländern.

Der Auftrag für die Studie ging an Prof. Dr. Schmidt von der Universitäts-Kinderklinik Düsseldorf. Er gilt auch als erfahrener Fachmann auf sozialmedizinischem Gebiet. Zusammen mit seinem Team wird er jeden Fall von Säuglingssterblichkeit im Bereich der Stadt Düsseldorf untersuchen. Dabei werden vor allem drei Gesichtspunkte besonders berücksichtigt: der medizinische, der erbbiologische und nicht zuletzt der soziale Hintergrund. Mit Fragebogen, umfangreichen nachträglichen Anamnesen sozusagen, werden Einzelfall-Analysen zusammengestellt, aus denen am Ende verbindliche Rückschlüsse und Konsequenzen - womöglich sogar für die gesamte Bundesrepublik - abgeleitet werden sollen.

Im April 1974 soll das Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung vorliegen und veröffentlicht werden.

Tim Arnold
(- / 9.3.1973 / ks / ex)

* * *

Kripo: Keine Domäne der Männer mehr

Niedersachsen stellt die Frauen auch hier den Männern gleich

Von Richard Lehnert MdL

Niedersächsischer Minister des Innern

Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt die Frauen in der Kriminalpolizei prinzipiell den Männern gleichgestellt, indem sie die bisherige Sonderlaufbahn für die Weibliche Kriminalpolizei (WKP) abgeschafft hat. Bisher war die WKP nur mit einem sehr engen Ausschnitt aus der gesamten Tätigkeit der Kripo betraut gewesen. Sie hatte sich fast ausschließlich mit der Bekämpfung der Kriminalität von Kindern und Jugendlichen zu befassen. Der Einsatz von Frauen auch in den übrigen Aufgabenbereichen der Kriminalpolizei war ausgeschlossen.

Das wird jetzt anders. Frauen werden in der Kriminalpolizei Niedersachsens grundsätzlich auf allen Dienstposten eingesetzt. Eine Domäne der Männer gibt es nicht mehr. Die unmittelbare Folge hiervon ist, daß sich die Fortkommenschancen der Frauen in der Kriminalpolizei erheblich verbessern. So ist es jetzt rechtlich zulässig, daß eine Frau Chef der niedersächsischen Kripo werden kann.

Mit dieser für das Laufbahnrecht der Polizei in der Bundesrepublik erstmalig eingeführten Regelung wollen wir den Verfassungsgrundsatz der Gleichheit der Geschlechter für unsere Kriminalpolizei konkretisieren. Gerade diese Bestimmung des Art. 3 des Grundgesetzes wird - so scheint mir - in der Verfassungswirklichkeit mit am häufigsten nicht ernst genommen. Wir können bei vielen Institutionen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens Benachteiligungen für Frauen feststellen. Dabei handelt es sich vielfach um Vorgänge, die formal keinen Verstoß gegen Art. 3 GG enthalten und daher rechtlich nicht greifbar sind. Umso schwerer ist es für die Frauen, sich gegen diese Formen der Benachteiligung zu wehren. Mir scheint es eine wichtige Aufgabe sozialdemokrati-

scher Politik, diese Benachteiligungen abzubauen.

Bei unserer Kripo galt die Benachteiligung der Frauen schon für die Einstellungsvoraussetzungen. Frauen hatten es schwerer als Männer, wenn sie in die Kripo eintreten wollten. Sie mußten nicht nur älter sein (21 Jahre statt 17 für die Männer), sie hatten auch besondere Bildungsabschlüsse oder Tätigkeiten in speziellen Berufen nachzuweisen. So war es z.B. schon für den Eintritt in den mittleren Dienst der WKP erforderlich, daß die Bewerberin eine spezielle Berufsausbildung oder Tätigkeit nachwies, auch wenn sie die Realschule abgeschlossen hatte. Männer mußten nur die Schule erfolgreich absolvieren. Für den Eintritt in den gehobenen Dienst mußte die Bewerberin darüber hinaus sogar eine durch Prüfung abgeschlossene Berufsausbildung als Sozialarbeiterin, Jugendleiterin o.ä. aufzuweisen haben. Nur wenige Frauen konnten eine solche doppelte Berufsausbildung auf sich nehmen. An diesen Hürden scheiterten deshalb oft gerade die Bewerberinnen, die aufgrund persönlicher Eigenschaften besonders für die Polizei geeignet waren.

Jetzt können Frauen in Niedersachsen wie die Männer mit 17 Jahren in den mittleren Vollzugsdienst eintreten, sofern sie die allgemeinen Einstellungsvoraussetzungen (Staatsangehörigkeit, gesundheitliche Tauglichkeit usw.) erfüllen und die Realschule erfolgreich abgeschlossen haben oder den Hauptschulabschluß mit einer für die Kripo förderlichen Berufsausbildung nachweisen. Ihre Ausbildung ist grundsätzlich die gleiche wie die der Männer; geringfügige Unterschiede ergeben sich allein aus körperlichen Gegebenheiten. Die Frauen werden in der Kriminalpolizei nach Abschluß der Ausbildung prinzipiell so verwendet wie die Männer auch. Ihre Fortkommenschancen sind die gleichen wie die der Männer.

Dies scheint mit ein kleines Beispiel dafür zu sein, wie man die Benachteiligung der Frau auch im Tatsächlichen abbauen kann.

(-/ 9.3.1973/bgy/ex)

+ + +

Die CSU kneift schon wieder

Verweigerung einer neutralen Wahlkampfuntersuchung

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Landesvorsitzender von Bayern

Mehr noch als die CDU hat die CSU nach dem Bundestagswahlkampf ein großes Zeter und Mordio angestimmt: Die Koalition habe die Union infam angegriffen und verleumdet, den Regierungsapparat unangemessen eingesetzt und was dergleichen mehr war. Also, so hätte man folgern müssen, würde diese Partei gesteigerten Wert auf eine saubere und neutrale Analyse des ganzen Wahlkampfes legen.

Genau dies hat nun die bayerische SPD, das direkte Gegenüber der CSU, probeweise einmal unterstellt. Grundgedanke: Eine neutrale Institution soll das ganze Drum und Dran des Wahlkampfes einschließlich der Finanzierung untersuchen. Die bayerische SPD bot die Öffnung aller ihrer Archive und die Offenlegung aller Einzelheiten der Wahlauseinandersetzung an, und sie schrieb an sämtliche bayerischen Journalistenorganisationen und forderte sie auf, eine Jury zu bilden, die die Untersuchung übernehmen möge. Die Journalistenorganisationen gingen nach einigem Zögern auf diesen Vorschlag ein. Sie alle hatten das Problem erst ausführlich diskutieren müssen; überall fanden zu diesem Thema Vorstandssitzungen statt. Dann aber war die Jury sozusagen fertig. Und was tat die CSU?

Schon am 28. Dezember (der sozialdemokratische Vorschlag stammte von Anfang Dezember) räsonierte CSU-Generalsekretär Tandler mißmutig, daß die Wahlkampfaussagen der CSU ohnehin bekannt seien und "deshalb das Licht der Öffentlichkeit in keiner Weise zu scheuen brauchten". Immerhin versprach Straußens Statthalter in München noch einen eingehenden Bescheid.

Der ist inzwischen eingetroffen. Nach nahezu zweimonatiger weiterer Überlegungszeit fand die CSU, daß durch die von der SPD Ende Januar in Bonn veröffentlichten Wahlkampf-Dokumentation das Thema "gegenstandslos" geworden sei. Höhepunkt der Tandler-schen Epistel: Dadurch habe die SPD ein Vorhaben verhindert, "dessen Verwirklichung auch für andere Länder der Bundesrepublik beispielhaft hätte sein können".

Fazit: Die CSU will sich nicht in die Karten schauen lassen. Verständlich ist das schon, denn eine Partei, deren Vorsitzender seinen Parteifreund Kohl als "Filzpantoffelpolitiker", seinen Parteifreund Weizsäcker einen "ökumenischen Weltbischof" und die Barzel-Berater "Micky Mäuse" nennt, hat vermutlich einiges zu verbergen. Erstaunlich ist bei alledem nur die "Chuzpe" des christsozialen Generalsekretärs. Die CSU wird immer mehr zur verlängerten Variation der bayerischen Volkspartei.

(-/9.3.1973/bgy/ex)

+ + +